

L2 Weil wir hier leben! - Kommunalpolitische Erklärung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.01.2019
Tagesordnungspunkt: Top 8 Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

- 1 Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,
2 der Radweg zum Bahnhof, die Kita um die Ecke, die bezahlbare Wohnung, das
3 schnelle Internet, der Sport- und Kulturverein, der Erhalt des Dorfladens oder
4 die Bäume in unserer Straße – direkt vor unserer Haustüre wird über unsere
5 Lebensqualität entschieden. In unseren Städten und Gemeinden legen wir den
6 Grundstein für ein gutes Leben für alle Menschen, jetzt, morgen und auch
7 übermorgen.
- 8 Über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten wird
9 auch hier in der Kommune entschieden: „Global denken, lokal handeln!“
10
- 11 Demokratie wird zuallererst vor Ort gelebt und praktiziert. Wir stehen für
12 lebendige Orte, in denen ein Klima des Respekts und der Toleranz herrscht, in
13 denen unsere Kinder gesund aufwachsen können und ältere Menschen so lange wie
14 möglich im häuslichen Umfeld leben können, in denen Neuzugezogene willkommen
15 sind und in denen wir auch als Bürger*in mitgestalten können. Gemeinsam haben
16 wir es in der Hand, unsere Kommunen ökologischer, sozialer und weltoffener zu
17 machen, mit mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz, guten Verbindungen mit Bus,
18 Bahn und Rad, starken Familien, attraktiven Kulturangeboten sowie gut
19 ausgestatteten Kitas und Schulen und vielfältigen Angeboten für die ältere
20 Generation.
- 21 So unterschiedlich und vielfältig wie die Menschen, die hier leben, so
22 unterschiedlich und vielfältig ist das Land. Wir sind uns bewusst, dass die
23 Problemlagen und Herausforderungen sehr unterschiedlich sind und stehen für eine
24 starke kommunale Selbstverwaltung. Jede Kommune hat das Recht, ihre eigene
25 individuelle Lösung zu suchen und muss dazu auch die tatsächlichen Möglichkeiten
26 haben. Grundvoraussetzung dafür ist eine auskömmliche Finanzierung der Städte
27 und Gemeinden. Es gibt einige wohlhabende, aber auch viele finanzschwache
28 Kommunen. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, das
29 heißt die Einnahmen decken die Ausgaben nicht und Rücklagen sind nicht
30 vorhanden. Wir streben eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und eine
31 Teilentschuldung der Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten an, um ihnen
32 genug eigene Gestaltungsspielräume zu ermöglichen.
- 33 Wir Bündnisgrüne haben gute Ideen, Mut zur Veränderung und eine klare Haltung.
34 Wir haben ein politisches Angebot für unser ganzes Land und passende Antworten
35 für die individuellen Herausforderungen vor Ort. Wir wollen unser Land
36 fairwandeln. Denn es liegt uns am Herzen. Weil wir hier leben!
- 37 Am 26. Mai 2019 wählen Sie in Brandenburg sowohl das Europaparlament, als auch,
38 wer Sie in den nächsten Jahren in der Gemeindevertretung, im Ortsbeirat, in der
39 Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag vertreten wird. Sie haben es in der

40 Hand, Ihr Dorf, Ihre Gemeinde oder Ihre Stadt ökologischer, sozialer und
41 weltoffener zu machen! Deshalb bitten wir Sie, am 26. Mai 2019 bei der
42 Kommunalwahl um Ihre Unterstützung für Bündnis 90/Die Grünen.

43 Weil wir hier leben!

44 Öko? Logisch! Für lebenswerte Kommunen für Mensch und Umwelt

45 Weil wir hier leben - wollen wir gesunde und lebenswerte Kommunen. Dafür ist es
46 nötig, dass bei allen Entscheidungen der ökologische Blick genauso
47 selbstverständlich wird wie der finanzielle, denn langfristig ist ökologisches
48 Verhalten auch günstiger, als ökologische Schäden aufwändig reparieren zu
49 müssen. Nur so können wir unsere vielfältige Landschaft für uns und unsere
50 Kinder erhalten.

51 Dafür machen wir uns stark.

- 52 • Der schwindenden Biodiversität muss Einhalt geboten werden. Ein besserer
53 Arten- und Tierschutz lässt sich z.B. durch die Schaffung naturnaher
54 Grünflächen, durch die Reduzierung der Mahd auf das Minimum und den
55 Verzicht auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel erreichen.
- 56 • Wir wollen einen besseren Baum- und Alleenschutz durch kommunale
57 Baumschutzsatzungen und Nachpflanzprogramme, baumschonenden Straßenbau und
58 weitestgehenden Verzicht auf Salzeinsatz im Winter.
- 59 • Den Einsatz von Glyphosat und Neonikotinoiden wollen wir auf kommunalen
60 Flächen unterbinden.
- 61 • Wir streben eine gentechnikfreie Landwirtschaft an und wollen eine bessere
62 Überwachung der Einhaltung der Düngeverordnung durch die
63 Kreisumweltbehörden.
- 64 • Die Verwendung von Laubbläsern sehen wir kritisch, nicht nur aus Lärm- und
65 Emissionsschutzgründen, sondern auch wegen der Gefährdung von
66 Bodenbewohnern.
- 67 • Wasser muss in der Landschaft gehalten werden. Regenwasser muss versickern
68 können und sollte seltener abgeleitet werden.
- 69 • Den Hochwasserschutz wollen wir ökologisch gestalten, indem wir Auen und
70 Wiesen erhalten, statt sie zu versiegeln oder als Ackerflächen zu nutzen.
- 71 • Kommunale Abwasserkonzepte wollen wir weiterentwickeln und neu
72 orientieren.
- 73 • Gute Beleuchtungskonzepte berücksichtigen neben Sicherheitsstandards und
74 Klimaschutz durch das Einsparen von Strom auch den Schutz der nachtaktiven
75 Tiere.
- 76 • In Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmen wollen wir ehrgeizige
77 Umweltstandards etablieren.

78 Energie und Klimaschutz. Global denken, lokal handeln.

79 Die Starkregenereignisse 2017 und der Hitzesommer 2018 haben deutlich
80 gezeigt: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. Die Klimaerhitzung zu
81 begrenzen ist DIE Menschheitsaufgabe für das 21. Jahrhundert. Viel hängt dabei
82 von der internationalen, Bundes- und Landesebene ab. Die dort formulierten Ziele
83 müssen aber oft vor Ort konkrete Umsetzung erfahren, damit sie tatsächlich
84 realisiert werden.

85 Dafür machen wir uns stark:

- 86 • Wir brauchen lokale Klimaschutzkonzepte, die Maßnahmen sowohl für die
87 Begrenzung der Klimaerhitzung als auch für die Anpassung an den bereits
88 stattfindenden Klimawandel beinhalten.

- 89 • Kreisliche und kommunale Stabsstellen für den Klimaschutz sollen alle
90 Maßnahmen und Investitionsvorhaben auf die Vereinbarkeit mit den
91 Klimaschutzziele abgleichen. Wir wollen Klimaschutz als Steuerungsziel in
92 den kommunalen, doppelten Haushalten verankern und umsetzen.

- 93 • Wir wollen Energie einsparen, indem in den Gemeinden ein Energiemanagement
94 implementiert wird, welches fortlaufend Einsparpotentiale identifiziert
95 und diese umsetzt. Bei den zuständigen Energiemanager*innen sollen sich
96 auch Bürger*innen über Einsparmöglichkeiten informieren können. Meist
97 finanziert sich ein Energiemanagement durch die Einsparungen selbst.

- 98 • Indem wir die Beschaffung auf ökologische und soziale Kriterien
99 ausgerichtet, auf sparsame und klimafreundliche Technologien setzen und
100 bei Neuanschaffungen auf die Lebenszyklus- statt nur auf die
101 Anschaffungskosten schauen, wollen wir die Energie-Effizienz deutlich
102 steigern. Das beinhaltet z.B. LED bei der Straßenbeleuchtung, die
103 Antriebsumstellung auf Gas, Strom oder Hybride beim kommunalen Fuhrpark
104 oder die energetische Modernisierung kommunaler Wohnungen und
105 Verwaltungsgebäude.

- 106 • Die letztlich benötigte Energie soll möglichst aus erneuerbaren Quellen
107 bereitgestellt werden. Den Ausbau wollen wir dezentral gestalten und die
108 Bürger*innen partizipieren lassen, z.B. über Mieter*innenstrom. Den
109 Strombezug der Gemeinden wollen wir auf Ökostrom umstellen. Wir
110 unterstützen die Gründung von Stadtwerken oder auch gemeindeübergreifenden
111 Regionalwerken sowie Bürger*innenkraftwerken, um die Wertschöpfung der
112 Strom- und Wärmegewinnung in der Region zu halten. Über Solardachkataster
113 wollen wir das Potential der Sonnenenergie, insbesondere auf kommunalen
114 Gebäuden und Liegenschaften, sichtbar machen und nach und nach nutzen.
115 Dabei soll es eine frühzeitige, transparente und intensive
116 Bürger*innenbeteiligung bei den Standortentscheidungen geben. Die
117 Verwertung von Biomasse wollen wir auf regionale Kreisläufe und die

118 Nutzung von Reststoffen beschränken und damit sowohl Strom als auch Wärme
119 für Nahwärmenetze produzieren.

120 • Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir für bessere
121 Beteiligungsmöglichkeiten und mehr finanzielle Teilhabe für Bürger*innen
122 und Kommunen Sorge tragen.

123 • Wir unterstützen ein Grünflächenmanagement, dass auf heimische und
124 klimawandelresistente Bepflanzung setzt, die den Wasserhaushalt
125 stabilisiert und die Biodiversität erhöht. Kommunale Wälder wollen wir
126 nach und nach zu artenreichen Mischwäldern umbauen.

127 • Bei der Städteplanung achten wir auf den Erhalt von Frischluftschneisen,
128 um überhitzten Siedlungen eine Frischluftzufuhr zu sichern.

129 • Das Begleitgrün öffentlicher Straßen und Wege sowie Plätze und Schulhöfe
130 wollen wir ökologisch gestalten.

131 • Bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz, wie lokale Agenda-
132 Gruppen oder Divestmentvereine, unterstützen wir durch
133 Tagungsmöglichkeiten und konkrete Zusammenarbeit. Außerschulische
134 Bildungsangebote wollen wir erhalten.

135 Wir machen mobil. In Stadt und Land

136 Wir setzen auf eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität. Dafür wollen wir
137 die Stadtentwicklung auf kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit/Ausbildung,
138 Einkaufen und Freizeit ausrichten. Diese Wege sollen dann zu Fuß, mit dem Rad
139 oder dem ÖPNV zurückgelegt werden können. Den klimaschädlichen und
140 lärmintensiven Verkehr mit dem eigenen Auto wollen wir auf das nötige Mindestmaß
141 reduzieren. Davon profitieren am Ende auch die Autofahrer*innen, da auf den
142 Straßen nur noch die Autos unterwegs sind, die das tatsächlich müssen. Wir
143 setzen uns dafür ein, kommunale Verkehrskonzepte zu entwickeln, die eine
144 strategische Gesamtplanung ermöglichen.

145 Dafür machen wir uns stark:

146 • Eine moderne Stadtplanung schafft kurze Wege, z.B. indem bei neuen
147 Wohngebieten die Versorgung mit Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und
148 Nahverkehrserschließungen gleich mitgeplant wird.

149 • Die natürlichste Art der Fortbewegung - das Laufen - stärken wir durch
150 attraktive Fußwege. Das beinhaltet u.a. klare Wegeführungen, attraktiv
151 gestaltetes Umfeld mit Sitzmöglichkeiten sowie guter Beleuchtung in der
152 Nacht, sichere Querungsmöglichkeiten von Straßen und die Einrichtung von
153 Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Bei den Planungen und dem
154 Bau achten wir auf weitgehende Barrierefreiheit.

155 • Um den Radverkehr voran zu bringen, braucht es ausfinanzierte kommunale
156 Radverkehrspläne und Radverkehrsbeauftragte. Diese sollen u.a. ein Netz

157 radverkehrsfreundlicher Wegebeziehungen, verkehrssichere Wegeföhrung,
158 wetterfeste und diebstahlsichere Abstellm6glichkeiten beinhalten.

159 • Das Angebot des Busverkehrs verbessern wir durch Taktverdichtungen
160 bestehender und Schaffung neuer Linien, insbesondere Ortsbuslinien. Linien
161 mit unsteter Nachfrage flexibilisieren wir durch Ruf- und Bürgerbusse,
162 wobei wir auch die Potentiale autonomen Fahrens testen.

163 • Buslinien sollen bei uns nicht an den Kreisgrenzen enden. In
164 kreisübergreifender Zusammenarbeit mit dem VBB richten wir
165 landesbedeutsame Buslinien ein, die gr6ßere Zentren auch über Kreisgrenzen
166 hinweg verbinden, insbesondere als Querverkehr zwischen den Bahnlinien.

167 • Haltestellen und Fahrzeuge des ÖPNV wollen wir barrierefrei gestalten. Die
168 vorhandenen Straßenbahnen wollen wir dabei erhalten.

169 • Wir verbessern die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger durch
170 passende Umsteigezeiten, sichere Abstellm6glichkeiten für Fahrräder – im
171 besten Fall mit Reparaturservice – und attraktiven Park&Ride-Orten.

172 • Beim Straßenbau setzen wir auf Erhalt vor Neubau. Neubau wollen wir auf
173 das absolut notwendige Maß beschränken und lieber vorhandene Straßen in
174 einen ordentlichen Zustand versetzen.

175 • Für Straßenausbau und -erschließung ist uns eine frühzeitige Beteiligung
176 der Anwohner*innen bei der Planung wichtig, damit keine
177 überdimensionierten und damit teuren und flächenversiegelnden Anlagen
178 geschaffen werden.

179 • Wir ordnen und hierarchisieren die Straßennetze, damit alle Wohngebiete zu
180 attraktiven Tempo-30-Zonen werden und Tempo 50 nur noch auf den
181 Hauptachsen gilt.

182 • Wir kämpfen auf allen Ebenen für mehr Verbindlichkeit von
183 Lärmaktionsplänen und der konkreten Umsetzung der darin enthaltenen
184 Maßnahmen. Dafür formulieren wir keine Prüfaufträge, sondern stellen die
185 Notwendigkeit der Maßnahmen zur Erreichung der Lärminderungsziele heraus,
186 damit übergeordnete Behörden diese nicht mehr ablehnen können.

187 • Wir wollen die Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen
188 Verkehrsträgern (Bus-Bahn, sichere Radparkplätze an Bahnhöfen usw.)
189 verbessern.

190 • Wir verfolgen das Ziel der vollständigen Vermeidung von Todesopfern im
191 Verkehr (Vision Zero). Dafür richten wir kommunale Unfallkommissionen ein,
192 die regelmäßig Unfallschwerpunkte besuchen und konkrete Verbesserungen
193 erarbeiten. Diesen Kommissionen sollen mindestens die Verkehrspolizei, die
194 Stadtplanung und verkehrspolitische Verbände wie ADFC, VCD und ADAC
195 angehören.

196 Wir schaffen Städte und D6rfer mit hoher Lebensqualität

197 Wir wollen nachhaltig planen und bauen, denn Brandenburgs Kulturlandschaften,
198 seine D6rfer und Städte sind es uns wert. Wir wollen sie uns und unseren Kindern

199 und Enkeln erhalten und zum Wohle der Allgemeinheit weiterentwickeln. Schöne und
200 erhaltenswerte Städte und Dörfer mit hoher Aufenthaltsqualität für Wohnen,
201 Arbeiten und Freizeit sind Grundlage für ein nachhaltiges Lebensumfeld.

202 Dafür machen wir uns stark:

- 203 • Es gilt vorrangig, den Innenbereich zu aktivieren. Auch in den meisten
204 Gemeinden mit Bevölkerungswachstum hält dieser noch ausreichend Flächen
205 für Wohnen, Gewerbe und soziale Infrastruktur vor. Gesundes und
206 umweltschonendes Bauen ist bei einer Betrachtung der Lebenszykluskosten
207 auch wirtschaftlich nachhaltiger, als die reine Betrachtung der Baukosten.
- 208 • Wir stehen für echte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Bauvorhaben sowie in
209 der Stadt- und Regionalplanung. Standort- und Investitionsentscheidungen
210 bedeutender kommunaler Bau- und Planungsvorhaben sollen in partizipativen
211 Verfahren unter Beteiligung von Planer*innen, Nutzer*innen, Betroffenen,
212 Vertreter*innen der Verwaltung und Abgeordneten vorbereitet werden. Ziel
213 ist eine belastbare Bedarfsplanung, höhere Akzeptanz und ein sicherer
214 Kostenrahmen.
- 215 • Auch in den Regionalen Planungsgemeinschaften wollen wir echte Beteiligung
216 und
217 Teilhabe der Bürger*innen umsetzen. Dazu müssen die sie finanziell und
218 personell besser ausgestattet werden.
- 219 • Bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen achten wir auf hohe
220 Aufenthalts-qualität. Sie sind nicht nur notwendige Verkehrswege, sondern
221 auch Lebensraum, der unsere Städte und Dörfer attraktiv macht. Großkronige
222 Bäume, Blühwiesen und Wasserflächen verbessern das Mikroklima, reinigen
223 die Luft und fördern die
224 Vielfalt unserer Flora und Fauna. So entstehen lebenswerte und gesunde
225 Städte und Dörfer.
- 226 • Für über 90 % der Haushalte ist ein Glasfaseranschluss bis ins Haus (FTTH)
227 möglich und auch wirtschaftlich darstellbar. Das wollen wir umsetzen.
- 228 • Liegenschaften sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen der Kommunen
229 wollen wir grundsätzlich nur im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben.
230 Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien (Konzeptverfahren), nicht
231 nach Höchstgebot erfolgen.
- 232 • Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, -genossenschaften und
233 selbstnutzende Baugemeinschaften, die den Gedanken der Gemeinnützigkeit
234 verankert haben, stärken und auch neue gründen. Gewinne sollen nicht
235 ausgeschüttet, sondern reinvestiert werden.

236 Nachhaltig Wirtschaften in der Kommune

237 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind für uns die Grundpfeiler der ökologisch-
238 sozialen Marktwirtschaft, die wir weiter entwickeln wollen. Unser Ziel ist es,
239 die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren, Ressourcen
240 sparsam einzusetzen, die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu
241 verteilen und Armut zu bekämpfen. Bündnisgrüne kommunale Wirtschaftspolitik

242 nutzt die Marktmacht der Öffentlichen Hand, um nachhaltige Beschaffung zu
243 betreiben, unterstützt in der Städteplanung den kleinen und mittelständischen
244 Handel sowie regionale Wirtschaftskreisläufe.

245

246 Dafür machen wir uns stark:

- 247 • Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Beschaffung der Verwaltung
248 sollen ökologische und soziale Kriterien gelten.

- 249 • Wir entwickeln kommunale Divest-Strategien, die Mittel von Geldanlagen
250 bzw. Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger
251 stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
252 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.

- 253 • Mittelständische Firmen und Handwerksbetriebe wollen wir stärken, indem
254 wir
255 öffentliche Aufträge und Beschaffung, wo immer möglich, aufgliedert in
256 Fach- und Teillose ausschreiben.

- 257 • Wir bevorzugen eine Stadtplanung zugunsten lebendiger Innenstädte und
258 Dorfkerne mit kleinen, mittelständischen und inhaber*ingeführten Betrieben
259 statt weiterer Einkaufszentren auf der Grünen Wiese.

- 260 • Wir treiben die Etablierung von Regionalsiegeln voran und stärken die
261 Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land. So stärken wir die regionale
262 Vermarktung und regionale Wertschöpfungsketten.

- 263 • Wir wollen lokale Online-Handelsplattformen initiieren, damit auch
264 kleinere, lokale Händler vor Ort stärker am Online-Handel partizipieren
265 können.

- 266 • Für die Vermarktung vor Ort wollen wir zum Beispiel Wochen-, Öko- oder
267 Bauernmärkte mit günstigen Standgebühren etablieren.

- 268 • Mit uns gibt es kommunale Aktionspläne gegen Plaste. Wir machen Schluss
269 mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll z.B. mit Pfandsystemen für

- 270 Kaffeebecher oder Refillstationen für Wasserflaschen. Wir prüfen die
271 Möglichkeiten einer kommunalen Plastesteuer.
- 272 • Kommunale RepairCafés oder kommunale Gebrauchtgüterläden zur
273 Wiederverwendung oder Reparatur von Konsumgütern erfahren unsere
274 Unterstützung.
- 275 • Nachhaltiger und umweltfreundlicher Tourismus bedarf entsprechender
276 Kultur-, Natur- und Mobilitätsangebote.
- 277 • Gründer*innen wollen wir, z.B. durch Innovations- und Transferzentren,
278 unterstützen: zum Austausch, zur Weiterbildung sowie zur Vernetzung
279 untereinander sowie mit Hochschulen und Forschung.
- 280 • Durch offene Werkstätten, in denen gegen eine Nutzungsgebühr Geräte
281 genutzt und geteilt werden können, die für einzelne Unternehmen zu teuer
282 wären, wollen wir junger oder kleine Unternehmen unterstützen.
- 283 • Wir wollen den Handel mit fairen Produkten vor Ort fördern und beantragen
284 die Anerkennung als „Fairtrade“-Kommune im Rahmen der Kampagne „Fairtrade
285 Towns“.

286 Familien stärken

287 Kinder sind unsere Zukunft und Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen
288 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen allen Kindern ermöglichen,
289 gesund und sicher aufzuwachsen und dafür gute Bedingungen in unseren Kommunen
290 schaffen.

291 Dafür machen wir uns stark:

- 292 • Wir wollen unsere Städte und Gemeinden familienfreundlicher gestalten und
293 Mütter und Väter darin unterstützen, Familie und Berufsleben miteinander
294 zu verbinden.
- 295 • Jedes Kind braucht gute Startchancen ins Leben, von Anfang an! Wir wollen
296 die Hebammenversorgung sichern, alle Geburtsstationen im Land Brandenburg
297 erhalten, die Angebote der „Frühen Hilfen“ weiter ausbauen und "Netzwerke
298 gesunde Kinder" professionalisieren.
- 299 • Gute Kitas in Stadt und Land – wir wollen Dorfkitas erhalten und Kitas zu
300 Bildungsorten weiterentwickeln, indem wir mit pädagogischen Konzepten,
301 guter räumlicher und finanzieller Ausstattung und regelmäßiger
302 Zertifizierung für mehr Qualität in unseren Kitas sorgen.
- 303 • Wir wollen die Qualität in den Kitas weiterentwickeln und die Einführung
304 der Beitragsfreiheit fortsetzen. Dazu streben wir eine Senkung der
305 Betreuungsschlüssel und familiengerechte Betreuungszeiten an. Bis die
306 Beitragsfreiheit erreicht ist, setzen wir uns für sozial gerechte und
307 vergleichbare Elternbeiträge in den Kommunen ein.
- 308 • Wir wollen Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln. Hier können
309 niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-

310 Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften oder
311 Senior*innenkreise stattfinden.

312 • Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung
313 wie die Kindertagesstätte. Auch hier muss gelten: Gute Qualität der
314 Arbeit, gute Qualifizierung, gute Bezahlung, die über den Mindestlohn
315 hinaus geht, und eine regelmäßige Evaluierung.

316 • Damit sich Kinder optimal entwickeln können, wollen wir in den Kitas
317 multiprofessionelle Teams einsetzen: neben Erzieher*innen auch Personal
318 aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die
319 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige
320 Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsprogramme anbieten.

321 • Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht viele Familien nicht. Wir wollen,
322 dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer
323 „Bildungskarte“ einen freien und unbürokratischen Zugang zu den Bildungs-,
324 Kultur- und Sportangeboten in ihrer Kommune erhalten.

325 Freiräume für Jugendliche schaffen

326 Jugend bedeutet für uns Möglichkeiten zur freien Entfaltung. Dafür braucht es
327 die richtigen Voraussetzungen, Räume, Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und
328 vor allem: Freiheiten, sich selbst auszuprobieren. Daher wollen wir Freiräume
329 für Jugendliche schaffen, damit sie ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken
330 können.

331 Dafür machen wir uns stark:

332 • Jugendliche brauchen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Dank
333 unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
334 Jugendbeteiligung verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir
335 wollen die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort fördern und
336 unterstützen. Wir befürworten eigene Etats für Kinder- und
337 Jugendparlamente bzw. Entwicklungswerkstätten, denn diese stellen einen
338 Schlüssel in der Beiteiligung an der Kommunalpolitik dar.

339 • Teilhabe bedeutet nicht nur Beteiligung an politischen Prozessen, sondern
340 auch Engagement in Ehrenämtern – z.B. bei freiwilligen Feuerwehren,
341 Geflüchteteninitiativen und in Vereinen. Wir wollen das Ehrenamt für
342 Jugendliche attraktiv gestalten, um deren Verankerung vor Ort zu stärken
343 und anstehende Generationenwechsel zu meistern.

344 • Jede Gemeinde soll eine*n Beauftragte*n für Angelegenheiten von Kindern
345 und Jugendlichen ernennen (§18a (3) Kommunalverfassung).

346 • Die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit
347 mit politischer, sozialer, kultureller und persönlichkeitsbildender

- 348 Funktion. Wir wollen sie weiter ausbauen, mit den und im Interesse der
349 Jugendlichen gestalten.
- 350 • Wir wollen Chancenungleichheit bekämpfen und mit Hilfe der „Bildungskarte“
351 den Zugang zu Nachhilfeangeboten für finanziell benachteiligte Jugendliche
352 unbürokratisch ermöglichen.
 - 353 • Jugendliche brauchen Zugang zu Kultur, dazu zählen auch Kneipen, Bars und
354 Clubs. Wir wollen Clubs in ländlichen wie urbanen Räumen erhalten und das
355 Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine Ausgehmöglichkeiten gibt,
356 wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass niemand die Nacht zu Hause
357 verbringen muss.
 - 358 • Mit Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen
359 und Jugendclubs lassen sich viele Formen der Kunst, Kultur und Bildung
360 vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann
361 das Interesse an ihr bestehen bleiben. Wir wollen auch mal die klassischen
362 Orte für Kunst, Theater und Musik verlassen und Kultur dort hinbringen, wo
363 sie junge Menschen auch erreicht.
 - 364 • Wir wollen in unseren Gemeinden nicht-kommerzielle Räume für junge
365 Menschen schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute
366 Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten
367 werden. Gemeinden können Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls
368 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Wir wollen gemeinsam mit der
369 Jugend vor Ort sogenannte „Solispaces“ entwickeln, in denen zum Beispiel
370 nichtkommerzielle Kneipen, Umsonstläden, Tischkicker-Räume und Co-Working-
371 Spaces einen Platz finden können. Es sollen nicht nur Freizeiträume,
372 sondern auch Räume für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN
373 entstehen.
 - 374 • Freizeit- und Arbeitsräume für Jugendliche sind nicht immer von vier
375 Wänden umgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass in unseren Gemeinden
376 ausreichend Grünflächen als Liegewiesen zur Verfügung stehen. Zudem sollen
377 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur
378 Verfügung stehen. In Gemeinden, die an einem Badegewässer liegen, muss
379 dafür gesorgt werden, dass ausreichend legale Badestellen zur Verfügung
380 stehen.
 - 381 • Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu
382 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit in Bezug auf
383 Gleichberechtigung und queeres Leben, aber auch im Bereich des
384 Drogenkonsums leisten.
 - 385 • Wir wollen für guten öffentlichen Nahverkehr sowie gute Internet- und
386 Mobilfunkverbindungen sorgen, denn sie sind Grundvoraussetzung – gerade
387 für ländliche Kommunen -, um konkurrenzfähig zu bleiben, Jugendliche vor
388 Ort zu halten oder Rückkehrer*innen zu gewinnen.
- 389 Gute Bildungsangebote voranbringen
- 390 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale
391 Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein

392 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Schulen zu Lern- und Lebensorten entwickeln,
393 die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern, ein Leben lang.

394 Dafür machen wir uns stark:

- 395 • Wir wollen gute Schulen - auch in ländlichen Regionen. Gute Schule ist
396 angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt
397 Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. Wir machen auf allen
398 Ebenen Druck für eine bessere Ausstattung der Schulen: finanziell und
399 technisch. Für einen innovativen, digital gestützten Unterricht und an
400 moderne Lernformen angepasste Rahmenbedingungen.

- 401 • Schulbau und -sanierung müssen sich an den Bedürfnissen aller Beteiligten
402 orientieren und flexible Nutzungsmöglichkeiten der Lernumgebung bieten.
403 Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die Lernfreude und
404 Kreativität wecken und die ökologisch und energieeffizient sind.

- 405 • Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der
406 „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Inklusiver Unterricht bedeutet
407 die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne
408 Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Gleichzeitig brauchen
409 wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe. Uns ist es
410 wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch bis zum Abschluss der
411 sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Für
412 Kinder mit Förderbedarf muss ein Nachmittagsangebot bereitstehen.

- 413 • Gesundes Essen und ausreichendes regelmäßiges Trinken sind nicht nur
414 Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Kinder, sondern auch für
415 ihren Lernerfolg. Wir wollen in Kitas, Schulen und öffentlichen
416 Einrichtungen konsequent regionale Produkte und mehr bio auf den Teller
417 bringen. Damit frisch vor Ort gekocht werden kann, wollen wir eigene
418 Küchen einführen. Anspruchsberechtigte Kinder sollen mit Hilfe der
419 „Bildungskarte“ kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita,
420 Schule oder Hort teilnehmen können.

- 421 • Wir setzen uns für eine Stärkung der Mitwirkung in Kitas und Schulen ein.
422 Das betrifft insbesondere Kitaausschüsse und Kitabeiräte, die
423 Mitwirkungsorgane von Schüler*innen und Eltern, Schülervertretung,
424 Elternvertretung, Schulkonferenz, Kreisschülerrat, Kreiselternrat und
425 Kreisschulbeirat, z.B. durch Betreuungslehrer*innen für die
426 Schülervertretung oder durch mehr Mitspracherechte für die Eltern bei der
427 Essensversorgung.

- 428 • Langfristig sollen Schüler*innen, Auszubildende und Studierende den ÖPNV
429 kostenlos nutzen können. Beginnend wollen wir ein 365€-Ticket für
430 Schüler*innen und Auszubildende anbieten und das Wirrwarr der
431 verschiedenen kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senior*innen-
432 und Familientickets sollen insgesamt günstiger werden. Dabei anfallende
433 Mehrkosten muss das Land übernehmen.

- 434 • Wir wollen eine wohnortnahe und aktivierende Weiterbildungspolitik, die
435 Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungs- und
436 Kultureinrichtungen offenhält und so lebenslanges Lernen ermöglichen.

437 Deshalb unterstützen wir Volkshochschulen, die die
438 Weiterbildungslandschaft erweitern und durch Sprach- und Integrationskurse
439 maßgeblich zur Integration von Geflüchteten beitragen. Wir wollen die
440 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für
441 faire Honorare und qualifiziertes Personal ein.

- 442 • Bibliotheken sind wichtige kulturelle Treffpunkte und Teil der
443 öffentlichen Infrastruktur. Wir wollen sie erhalten und als
444 Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

445 Gemeinsam und gerecht: Alle mitnehmen!

446 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort stärken. Alle Menschen,
447 die hier aufwachsen und leben, wohnen und arbeiten, brauchen Perspektiven für
448 ein gutes Leben, egal ob jung oder alt, Frau oder Mann, schon lange hier
449 ansässig oder neu zugezogen. Unser Ziel ist, Teilhabe und Selbstbestimmung für
450 jede und jeden zu ermöglichen. Wir stehen für eine tolerante und weltoffene
451 Gesellschaft, die die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung versteht und
452 wertschätzt.

453 Dafür machen wir uns stark:

- 454 • Wir wollen auch vor Ort alles dafür tun, Armut und Perspektivlosigkeit
455 entgegenzuwirken. Unser Ziel ist Teilhabe und Selbstbestimmung für Jede*n.
456 Zum Beispiel durch Gebührenfreiheit in kommunalen Einrichtungen, die
457 Bekämpfung von Kinderarmut mit Einführung der „Bildungskarte“ und
458 Fortführung bzw. Erhalt von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen
459 Interesse der Kommunen.
- 460 • Bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder der Tafel:
461 Ehrenamtliches Engagement ist ein elementarer Bestandteil des
462 Gemeindelebens und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Wir wollen
463 es mehr unterstützen und weiter stärken.
- 464 • Wir fördern Inklusion in allen Lebensbereichen - das bedeutet nicht nur
465 gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, sondern auch
466 Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, auf der Straße, im Internet und
467 in Schreiben von Behörden.
- 468 • Senior*innen sind auf soziale Angebote in Wohnortnähe angewiesen. Wir
469 treten für die Schaffung von generationenübergreifenden Begegnungsorten,
470 für Seniorenbeiräte und die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen
471 Engagements ein.
- 472 • Die Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen nimmt zu. Die meisten
473 möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. Angebote
474 für die ambulante häusliche Pflege und die Bildung eines
475 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen wir. Den barrierefreien
476 sozialen Wohnungsbau und zukunftsweisende neue Wohnformen wollen wir
477 entschlossener fördern.
- 478 • Unser Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung: Wir wollen
479 die Übernahme von Hausarztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern,

- 480 Medizinische Versorgungszentren fördern und Projekte wie rollende
481 Arztpraxen vorantreiben.
- 482 • Statt Krankenhäuser zu schließen, wollen wir Kooperation zwischen Kliniken
483 und allen Akteuren der Versorgungskette fördern: für einen Umbau der
484 Standorte zu modernen sektorübergreifenden Gesundheitsanbietern.
 - 485 • Die gemeindenahе ambulante psychiatrische Versorgung vor Ort, die
486 Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi), Psychiatrischen Institutsambulanzen
487 (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen wir
488 verbessern.
 - 489 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die
490 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken. Sie müssen
491 über ausreichend Zeit und ein eigenes Budget für ihre Arbeit verfügen. In
492 allen Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen wollen wir volle,
493 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte etablieren.
 - 494 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
495 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
496 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.
497 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den
498 ländlichen Räumen erreichbar sein.
 - 499 • Wir wollen in allen Gemeinden ein offenes und modernes Gesellschaftsbild
500 ohne Diskriminierung leben. Wir wollen an öffentlichen Plätzen
501 geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für
502 Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten. Wir wollen
503 veraltete Gewohnheiten hinter uns lassen und in öffentlichen Gebäuden der
504 Kommunen auch Unisex-Toiletten anbieten.
 - 505 • Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
506 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und
507 Biphobie, sowie jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit entschieden
508 entgegen. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement und lokale
509 Aktionsbündnisse weiter stärken.
 - 510 • Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Wir wollen gute
511 Bedingungen für eine gelingende Integration schaffen.
512 Flüchtlingskoordinator*innen, Migrationsbeauftragten und
513 Migrationssozialarbeiter*innen sollen die Integration vor Ort koordinieren
514 und fördern.
 - 515 • Die großartige Arbeit der Willkommensinitiativen wollen wir stärken, zum
516 Beispiel durch personelle Unterstützung durch die Verwaltung oder die
517 Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen.
 - 518 • Die Wohn- und Lebensbedingungen in den Unterkünften wollen verbessern und
519 für eine möglichst schnelle, dezentrale Unterbringung in Wohnungen sorgen.
520 Sollten die Geflüchteten auch nach Erlangung des Aufenthaltstitels in den

521 Unterkünften bleiben müssen, da sie keine bezahlbare Wohnung finden,
522 müssen die Mietkosten angemessen sein.

523 • Wir setzen uns für ein ausreichendes und gut erreichbares Angebot an
524 Sprach- und Integrationskursen ein.

525 • Kitas und Schulen wollen wir für den Umgang mit geflüchteten Kindern und
526 Jugendlichen stärken. Daher wollen wir auf Landesebene mehr individuelle
527 Förderung, eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel und eine bessere
528 Ausstattung des Programms "Kiez-Kita" erreichen. Für den Unterricht in den
529 Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen
530 brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und ausreichend
531 Schulsozialarbeit.

532 • Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“, die bundesweit entstehen, so
533 auch in den Kommunen Brandenburgs, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von
534 geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.

535 Lebendige Kulturlandschaft gestalten

536 Kunst und Kultur sind für eine offene Gesellschaft unverzichtbar und kann in
537 Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche Orientierung geben und neue Perspektiven
538 eröffnen. Wir verteidigen die kulturelle Vielfalt und wollen das kulturelle
539 Leben vor Ort beleben und fördern.

540 Dafür machen wir uns stark:

541 • Wir wollen Kunst und Kultur als zentralen Bestandteil unseres sozialen
542 Zusammenlebens fördern und in Kommunen und Kreisen gute Rahmenbedingungen
543 für vielfältige Kunst- und Kulturangebote schaffen.

544 • Öffentliche Musik- und Kunstschulen, Ausstellungs- und Aufführungsräume,
545 Volkshochschulen und Bibliotheken bieten ein hochwertiges Angebot an
546 kultureller Bildung, das wir gut ausstatten, erhalten und ausbauen wollen.
547 Die Angebote dürfen nicht als sogenannte „freiwillige Leistungen“ dem
548 Rotstift zum Opfer fallen.

549 • Wir setzen uns für auskömmliche Bezahlung im Kulturbereich ein. Schulen
550 und Projekte der kulturellen Bildung sollen tariflich bezahlte und
551 qualifizierte Mitarbeiter*innen vorhalten. Das Honorar für freie
552 Mitarbeiter*innen muss an den Tariflohn einschl. der Arbeitgeberanteile
553 angelehnt sein.

554 • Wir wollen eine „Freie Kunst- und Kulturförderung“, denn sie vermeidet
555 „Erbhöfe“, von denen immer die gleichen Angebote profitieren.

556 • Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur und eine kritische
557 Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Die bestehenden

- 558 Erinnerungsorte wollen wir weiter fördern und auch bisher vernachlässigte
559 Orte in den Blick nehmen.
- 560 • Wir unterstützen Initiativen zur Ortsgestaltung und Regionalgeschichte wie
561 Heimat- und Kulturvereine. Diesen wollen wir ein proaktives Angebot
562 machen.
 - 563 • Gute Baukultur motiviert Menschen sich auch emotional den aktuellen
564 Herausforderungen wie die wachsende Urbanisierung, Schrumpfung ländlicher
565 Räume, Ressourcenknappheit und Flächenverbrauch zu stellen. Wir
566 unterstützen die Schaffung von Kunst-, Kultur- und Baukulturstiftungen auf
567 Landes- und Kreisebene.
 - 568 • Der Erhalt und die Weiterentwicklung ortsbildprägender Gebäude und
569 vorhandener Bausubstanz stiften kulturelle Identität. Wir wollen den
570 Denkmalschutz ausbauen, auch weil er das regionale Handwerk und die
571 Identifikation mit Ort und Landschaft stärkt.
 - 572 • Mit vielfältigen kulturellen Angeboten wollen wir die Attraktivität unsrer
573 Dörfer und Städte steigern und den sanften Tourismus weiterentwickeln.
 - 574 • Wir unterstützen besonders den Erhalt oder Aufbau von Begegnungsorten wie
575 Dorfgemeinschaftshäusern, um das soziale und kulturelle Leben in den
576 ländlichen Regionen zu fördern.
 - 577 • Wir wollen den interkulturellen Dialog fördern und verstärkt Projekte
578 unterstützen, die den Austausch mit Migrant*innen und Neuzugewanderten
579 fördern.
 - 580 • Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte
581 sorbisch/wendische Minderheit setzen wir fort.

582 Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten

583 Bündnisgrüne Kommunalpolitik setzt auf Anerkennung, Wertschätzung und
584 Unterstützung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowohl von Verwaltung
585 als auch politischen Mandatsträger*innen. Auf Landesebene kämpfen wir für
586 Erleichterungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, z.B. längere Fristen,
587 weniger Tabu-Themen und eine Absenkung der Quoren. Aber auch jenseits der
588 Direkten Demokratie gibt es Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die es zu
589 gestalten gilt. Neben der Schaffung von formalen Rahmen wollen wir auch die
590 Verwaltungsmitarbeiter*innen durch Weiterbildungen unterstützen, die Verfahren
591 sicher anzuwenden und ihre Vorteile zu nutzen.

592 Dafür machen wir uns stark:

- 593 • Wir setzen uns für Bürgerbeteiligungssatzungen mit großzügigen
594 Beteiligungsmöglichkeiten ein, die in verbindlichen Leitlinien nach dem
595 Vorbild Heidelbergs festgeschrieben werden. In diesen Satzungen können
596 auch über die Kommunalverfassung hinausgehende Beteiligungsinstrumente
597 festgelegt werden. Mittels einer fortlaufend aktualisierten Vorhabenliste
598 soll eine frühzeitige Information der Bürger*innen über die wichtigsten
599 Projekte und Planungen der Stadt gewährleistet werden.
600 Beteiligungsverfahren sollen dabei vom

- 601 Gemeinderat, von der Verwaltung selbst, von einer definierten Anzahl von
602 Einwohner*innen oder den vorhandenen Beiräten angeregt werden können.
603 Dabei stehen eine Vielzahl von Verfahren zur Verfügung, z.B.
604 Planungszellen, Workshops, Bürgerdialoge, Bürgerforen und Bürgerpanels,
605 Runden Tische oder World-Cafés. Die Beteiligungsergebnisse müssen
606 verlässlich in Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.
- 607 • Wir bringen kommunale Beteiligungsplattformen voran, über die alle
608 Bürgerinnen und Bürger Petitionen, Vorschläge, Anregungen u.ä. einreichen
609 und/oder
610 unterstützen können.
 - 611 • Ein einheitliches Bürgerinformationssystem mit Sitzungsterminen,
612 Tagesordnungen, Anträgen, etc. sowie aussagefähigen Protokollen zu allen
613 öffentlich verhandelten Punkten in jeder Kommune sowie schneller
614 Erreichbarkeit von Ratsfraktionen und Verwaltung erleichtert den
615 Bürger*innen die Übersicht über die Kommunalpolitik.
 - 616 • Wir wollen stärker die Möglichkeit nutzen, Gremiensitzungen live im
617 Internet zu übertragen, um diese mitverfolgen zu können.
 - 618 • Durch unsere Initiative im Landtag ist Kinder- und Jugendbeteiligung in
619 der Kommunalverfassung festgeschrieben. Nun gilt es Beiräte und Parlamente
620 für Kinder- und Jugendliche zu fördern.
 - 621 • Wir setzen uns für Beiräte für Senioren, Behinderte und ausländische
622 Mitbürger*innen ein.
 - 623 • Ortsbeiräte und Stadtteilkonferenzen wollen wir stärken, u.a. durch
624 verbesserte Informationsrechte und eigene Budgets sowie Möglichkeit der
625 EinwohnerInnen von Ortsteilen, nur sie betreffende Angelegenheiten auch
626 direktdemokratisch zu entscheiden.
 - 627 • Wir wollen eine Kultur der Transparenz etablieren, die dazu führt, dass
628 mündige Bürger*innen informiert diskutieren und entscheiden können.
629 Transparenz und
630 Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln
631 sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische Strukturen und für
632 die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Ziel ist, dass im Zuge der
633 ohnehin notwendigen Digitalisierung alle Verwaltungsdaten, Verträge oder
634 Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B.
635 personenbezogene Daten oder als geheim eingestuft), in offenen,
636 maschinenlesbaren Formaten („Open Data“) proaktiv und zeitnah auf einer
637 Open-Data-Plattform verfügbar gemacht werden.
 - 638 • Die Stellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gilt es zu stärken
639 durch die Verpflichtung zur Schaffung von konkreten Rechten entsprechend
640 der
641 Vorgaben aus dem Landesgleichstellungsgesetz sowie Beauftragte oder

642 Ombudsstellen für den Schutz vor Diskriminierung auch bei kleineren
643 Kommunen.

- 644 • Wir setzen uns für einen Ehrenkodex für kommunale Abgeordnete ein, damit
645 diese ihre beruflichen Tätigkeiten und ggf. Abhängigkeiten öffentlich
646 machen sowie Schaffung eines Kodex für kommunale Unternehmen (Grundsätze
647 guter Unternehmensführung). Die Organisation Transparency International
648 sollte hierbei verstärkt eingebunden werden.

649 Modern und bürgernah: Öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren

650 Wir wollen die Verwaltung modernisieren und bürgerfreundlicher machen. Die
651 Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir nutzen, um Verwaltungsvorgänge
652 einfacher und effizienter zu gestalten und mehr online-Teilhabe zu ermöglichen.
653 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz sind dabei zwingend
654 erforderlich.

655

656 Dafür machen wir uns stark:

- 657 • Bürgerämter der Städte und Gemeinden, sollen zum Eingangstor für die
658 gesamte
659 Kommunalverwaltung werden, also auch für die Angebote der Kreisverwaltung.
660 Damit wollen wir eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand
661 schaffen. Wo die Wege zum Bürgerbüro zu weit werden, wollen wir mobile
662 Bürgerserviceangebote einführen, wie es sie bereits in einigen Kommunen
663 gibt.
- 664 • Durch mehr Digitalisierung und Möglichkeiten zur online-Antragstellung
665 wollen wir den Gang zum Amt überflüssig zu machen, wenn gewünscht.
- 666 • Wir wollen die Grundlagen schaffen für eine erfolgreiche Digitalisierung:
667 Ausreichende Ausstattung des IT-Service, unbedingte Beachtung von
668 Sicherheits- und Datenschutzstandards bei Ausschreibungen, Beachtung der
669 Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software und langfristig
670 eine Umstellung auf freie und quelloffene Software
- 671 • Die Kulturelle Identität der Städte und Dörfer wollen wir erhalten.
672 Zwangsfusionen lehnen wir ab. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir
673 unterstützen.
- 674 • Perspektivisch wollen wir alle Ämter zu brandenburgischen
675 Verbandsgemeinden weiterentwickeln, mit direkt gewählten
676 Bürgermeister*innen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die
677 Bürger*innen.
- 678 • Bürger*innen brauchen eine leistungsstarke Verwaltung mit gut
679 ausgebildeten Beschäftigten, mit tariflicher Bezahlung und einer
680 auskömmlichen Personalausstattung. Die Verwaltung muss für die für die
681 Bürgerinnen und Bürger durch ein angemessenes und geordnetes Angebot von
682 Sprechzeiten gut erreichbar ist. Dies muss gleichermaßen auch für die
683 kommunalen Gesellschaften gelten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, etwa
684 an Musikschulen und Volkshochschulen, sind einzudämmen und neue zu
685 unterlassen. Tätigkeiten, wie Wachschatz und Reinigungsleistungen, dürfen

686 nicht weiter an private Firmen vergeben werden. Soweit möglich, sollen
687 outgesourcte Aufgaben rekommunalisiert werden.

688 Solide Finanzen

689 Damit Kommunen die kommunale Selbstverwaltung mit Leben füllen können, indem sie
690 freiwillige Leistungen anbieten, die Bürger*innen demokratisch beteiligen und
691 eine
692 moderne Verwaltung aufbauen können, müssen Land und Bund für eine ausreichende
693 Finanzierung der Kommunen Sorge tragen. Die Kommunen in Brandenburg müssen ihre
694 volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
695 meistern können. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht,
696 d.h. ihre Einnahmen decken auch bei sparsamster Haushaltsführung die Ausgabe
697 nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Wir wollen die kommunale Ebene
698 dauerhaft besser finanzieren

699 Dafür machen wir uns stark:

- 700 • Eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Teilentschuldung
701 von Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten muss das Land ausreichend
702 Mittel bereitstellen. Für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs
703 wollen wir die Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen
704 stärken, uns mehr am Steueraufkommen und Bedarf orientieren und soziale
705 Aspekte, wie zum Beispiel die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, bei der
706 Verteilung der Schlüsselzuweisungen stärker berücksichtigen.
- 707 • Haushaltskonzepte, die Priorität nicht auf kurzfristige Investitionen in
708 Einzelinteressen setzen, sondern auf eine langfristige Entwicklung der
709 Kommune zum Wohle aller Bürger*innen, d.h. auf Investitionen in Kitas und
710 Schulen, Gemeinde- und Familienzentren, Jugend- und Seniorenarbeit, Sport
711 und Kultur, Klimaschutz- oder Radwegekonzepte u.v.m.
- 712 • Transparente und übersichtliche Haushalte der Kommunen, damit Abgeordnete
713 und Bürger*innen sie verstehen können. Die Möglichkeiten des doppischen
714 Haushalts sollen so genutzt werden, dass finanzielle Spielräume für
715 politische Prioritätensetzungen sichtbar werden. Einnahmen, deren Quellen
716 und Entwicklung sowie die Ausgaben und Änderungen gegenüber dem Vorjahr
717 müssen nachvollziehbar dargelegt werden.
- 718 • Den Abbau von Schulden und den Erhalt von Eigenkapital, damit es auch für
719 zukünftige Generationen finanzielle Spielräume gibt.
- 720 • Den Ausverkauf von Grund und Boden durch die Kommunen wollen wir stoppen.
721 Kommunale Grundstücke sollen nur noch auf Erbpachtbasis vergeben werden.
- 722 • Ein Bürger*innenhaushalt als ein gutes Projekt, um Spar- und
723 Investitionsvorschläge der Bevölkerung zu erfragen, abzuwägen und so weit
724 wie möglich auch umzusetzen. Damit wollen wir den Bürger*innen ermöglichen
725 an den Entscheidungen über die Ausgaben ihrer Kommune zu beteiligen,
726 insbesondere an Entscheidungen über die sogenannten „freiwilligen
727 Leistungen“ z.B. für Projekte im Bereich Soziales, Kultur oder Sport.
728 Viele Kommunen in Brandenburg praktizieren das bereits erfolgreich.

729 Europa vor Ort erfahrbar machen

730 Die Europäische Union ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte,
731 ganz besonders auch für Brandenburg. Niemals zuvor in der Geschichte gab es eine
732 vergleichbare Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und
733 persönlichen Freiheit für alle und des relativen Wohlstands für viele. Wir
734 können uns eine gute Zukunft für Brandenburg und seine Kommunen nur im Rahmen
735 eines gemeinsamen Europas vorstellen und werden es mit aller Kraft verteidigen.

736 Dafür machen wir uns stark:

- 737 • Wir wollen Europa vor Ort sichtbar machen, z.B. durch eine klare
738 Ausweisung von EU-geförderten Projekten vor Ort.
- 739 • Für alle Fragen rund um Europa wollen wir in den Regionen zentrale
740 Anlaufstellen einrichten, sogenannte „One-Stop-Shops“, die über Förder-
741 und Austauschprogramme informieren und auch die Funktion von „Willkommens-
742 Centern“ für EU-Bürger*innen, die sich in Brandenburg niederlassen,
743 übernehmen.
- 744 • Wir bringen Initiativen zur Beantragung von EU-Fördermitteln für Kommunen
745 in Gang, ganz besonders für Klima- und Umweltfreundliche Projekte.
- 746 • Wir unterstützen die Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen, z.B. durch
747 mehr Polnisch-Unterricht an unseren Schulen und die Gründung von deutsch-
748 polnischen Schulen.
- 749 • Wir fördern die regionale Zusammenarbeit mit unseren polnischen
750 Nachbargemeinden, z.B. durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen von
751 Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Gemeindevertretungen sowie
752 durch Unterstützung von grenzüberschreitend arbeitenden lokalen Vereinen
753 und Initiativen.
- 754 • Wir wollen europäische Städte-, Orts- und Regionalpartnerschaften mit
755 Leben füllen. Vereine, die diese Partnerschaften tragen, wollen wir mit
756 finanzieller und organisatorischer Hilfe unterstützen.